

Räte wollen Grundsanierung statt Ausbau

Straßenbau Gemeinderat Röthenbach findet einen Kompromiss für die umstrittene Kreisstraße 12, letztlich entscheidet aber der Kreistag über das Vorgehen. Die Räte wollen erst die Straße sanieren, anschließend die Argenbrücke bauen

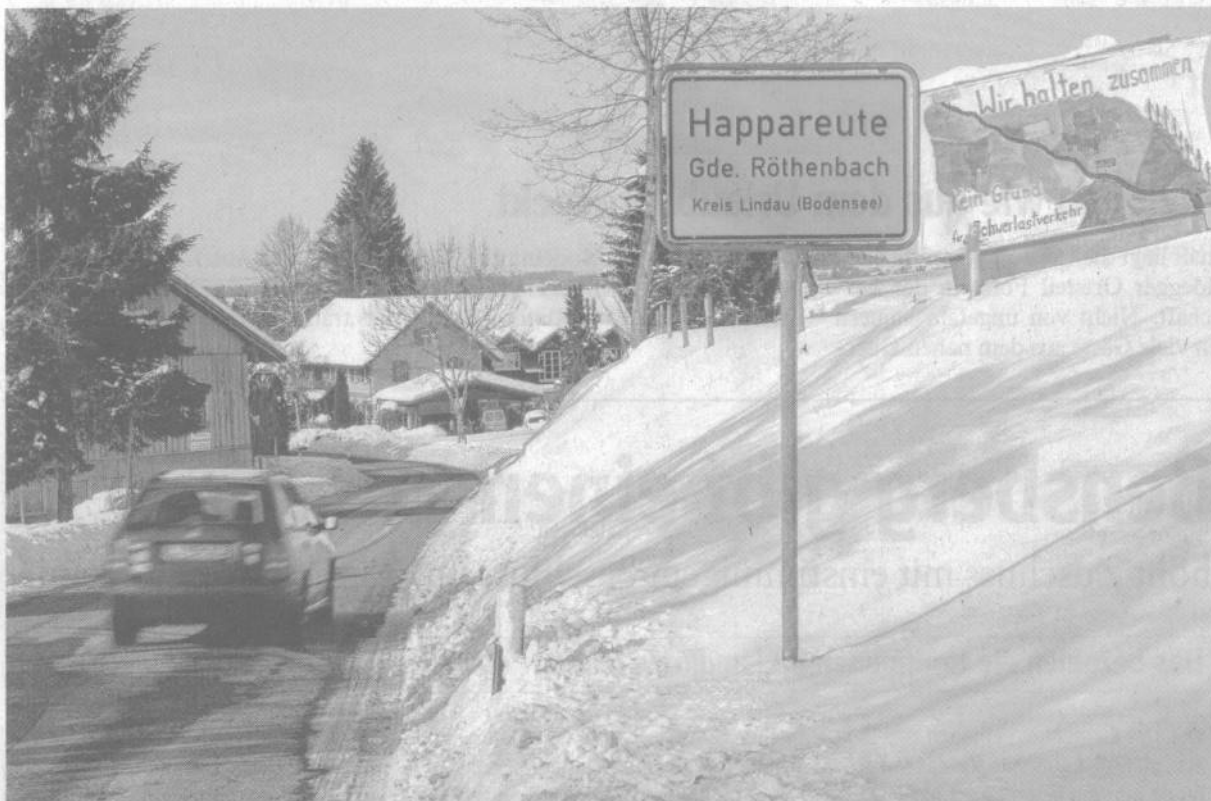
Röthenbach Der Gemeinderat Röthenbach hat sich für eine „Grundsanierung“ der Kreisstraße LI 12 zwischen Steinegaden und Eglofstal ausgesprochen. Ausdrücklich rückte das Gremium damit von der bisherigen Forderung nach einem „maßvollen Ausbau“ ab. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst. Gemeinderat Michael Endres hatte zuvor dafür plädiert, dass es zunächst rund um die Kreisstraße einen Konsens geben müsse. Denn sei die im weiteren Verlauf der Straße geplante neue Argenbrücke erst einmal gebaut, werde keiner der Grundstückseigentümer mehr bereit sein, Flächen für einen Ausbau oder eine Neutrassierung zur Verfügung zu stellen.

Im Kommunal-Wahlkampf 2014 war der vorgesehene Neubau der Argenbrücke und der geplante Ausbau der Kreisstraße LI 12 das beherrschende Thema in Röthenbach. Die vor Jahren gegründete Bürgerinitiative (BI) initiierte die Aufstellung einer zweiten Kandidatenliste für den Gemeinderat durch die Grünen. Deren Vertreter sitzen jetzt mit am Ratstisch.

„Das, was wir wollten.“

Werner Syska von der Bürgerinitiative über den Beschluss des Gemeinderates.

Werner Syska von der BI, selbst nicht Ratsmitglied, hatte bei der Bürgerversammlung im Dezember einen Beschluss des im März 2014 neugewählten Gemeinderates gefordert. Zuvor hatte sich das Gremium bereits im Dezember 2011 und im



„Wir halten zusammen“ steht auf dem Schild der Bürgerinitiative neben der Kreisstraße geschrieben. Seit zwei Jahren macht die BI gegen den Ausbau der Straße mobil. Mehr als 2000 Unterschriften gegen das Vorhaben hat sie bislang gesammelt.

Foto: Olaf Winkler

Ausbau“ der Kreisstraße ausgesprochen. Dieser ist aus Sicht von Bürgermeister Stephan Höß notwendig, um zu gewährleisten, dass Schulbus, Milch-Laster und der Winterdienst die Straße passieren können. Im Juli und September 2014 hatte es Gespräche zwischen der Gemeinde und der BI gegeben, „um die verhärteten Fronten zu lockern“, wie Höß es formulierte.

Michael Endres gab zu Beginn der Diskussion im Gemeinderat eine

nicht mehr von einem „Ausbau“, sondern von einer „Grundsanierung“ zu sprechen. Denn: Nach einem Ausbau dürfe die Straße nicht mehr Tonnage-begrenzt sein. Das aber sei letztlich das Ziel von Gemeinde und BI. Die Anwohner seien nicht gegen eine Sanierung. Auch die Reihenfolge des Vorgehens müsse klar sein: Zunächst solle die Straße saniert und im Anschluss die Brücke neu gebaut werden. Sollte die Reihenfolge anders sein, fürchteten die Bürger, die Sanierung

zur Brücke so ausgebaut wird, dass keine Tonnage-Begrenzung mehr möglich ist. Für diesen Fall haben die Eigentümer den Verkauf von Grundstücken für den Straßenbau ausgeschlossen. Ein Brücken-Neubau „macht die Türe für eine Straßensanierung zu“, folgerte Endres.

Sonderregelung für Anlieger?

Barbara Bücheler bezeichnete eine Sanierung der Straße als „bitternötig“. Das zeige sich gerade jetzt bei

LI 12 - Der Sachstand

- Der Ausbau der Kreisstraße LI 12 beschäftigt die Kommunalpolitiker seit mehreren Jahren.
- Einen Beschluss zum Bau, beziehungsweise zur Sanierung gibt es noch nicht. Das Vorhaben befindet sich aber im Investitionsprogramm für die Kreisstraßen. Dort ist es für die Jahre nach 2017 vorgesehen.
- Vorrang hat aus Sicht des Landkreises der Bau der neuen Argenbrücke in Eglofstal. Geplant ist er 2017.
- Die Zusage der Grundeigentümer zum Bau der Brücke liegen dem zuständigen Landratsamt Ravensburg nach eigenem Bekunden vor.
- Dagegen haben sich die Grundbesitzer vertraglich verpflichtet, keine Flächen für einen Ausbau der Kreisstraße zur Verfügung zu stellen. Zudem gibt es seit über einem Jahr auch die Zusage von Landrat Elmar Stegmann, das Vorhaben nicht gegen den Willen der Anwohner durchzusetzen. (pem)

nissen. Guido Schneider legte Wert darauf, dass eine sanierte Straße danach nur für den Schwerverkehr von Anliegern befahren werden dürfe. Dies wurde in den Beschluss mit aufgenommen. Der freilich habe insoweit nur symbolischen Wert, so der Bürgermeister, als der Kreistag letztlich über das Vorgehen entscheide.

Den Kompromiss des Gemeinderates kommentierte Werner Syska von der BI als „das, was wir woll-